

Antrag

der Abgeordneten Jens Spahn, Annette Widmann-Mauz, Peter Albach, Dr. Wolf Bauer, Antje Blumenthal, Maria Eichhorn, Dr. Hans Georg Faust, Hubert Hüppe, Hartmut Koschyk, Dr. Norbert Röttgen, Hermann-Josef Scharf, Max Straubinger, Willi Zylajew, Volker Kauder, Dr. Peter Ramsauer und der Fraktion der CDU/CSU

sowie der Abgeordneten Peter Friedrich, Elke Ferner, Dr. Carola Reimann, Eike Hovermann, Johannes Kahrs, Christian Kleiminger, Ute Kumpf, Dr. Karl Lauterbach, Lothar Mark, Mechthild Rawert, Olaf Scholz, Dr. Margrit Spielmann, Dr. Marlies Volkmer, Dr. Wolfgang Wodarg, Dr. Peter Struck und der Fraktion der SPD

Maßnahmen zur Bekämpfung von HIV/AIDS in Deutschland

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Zahl der HIV-Infizierten nimmt auch 25 Jahre nach der Entdeckung von AIDS in allen Teilen der Welt weiter zu. Weltweit infizieren sich etwa 5 Millionen Menschen jedes Jahr neu, jeden Tag sterben 8 000 Menschen an der Seuche – vor allem in Afrika.

Auch in Deutschland verbreitet sich das Virus weiter. Heute leben ungefähr 56 000 Menschen mit dem HI-Virus in Deutschland, ca. 26 000 von ihnen werden mit antiretroviralen Medikamenten behandelt, 8 700 von ihnen haben das Stadium AIDS erreicht. Seit dem Beginn der Epidemie Ende der siebziger Jahre bis Ende 2005 verstarben in der Bundesrepublik Deutschland über 26 000 Menschen an den Folgen der Immunschwächekrankheit, an Sekundärinfektionen und Tumoren; im letzten Jahr starben etwa 600 Menschen.

Dennoch hat sich das öffentliche Wahrnehmungsbild von HIV und AIDS gewandelt: Aus der tödlichen Geißel der Menschheit ist – zumindest in den Industrieländern – eine behandelbare chronische Erkrankung geworden, die aber weiterhin nicht heilbar ist. Eine zunehmende Sorglosigkeit bei der Prävention, insbesondere dem Kondomgebrauch, aller Bevölkerungsgruppen ist die Folge.

Deutschland zählt zu den Ländern, in denen HIV-Infektionen bislang im Wesentlichen auf einige Bevölkerungsgruppen mit besonders hohem Infektionsrisiko beschränkt geblieben sind. Es ist dank erfolgreicher Präventionsarbeit gelungen, in den 80er und 90er Jahren die Zahl der Neuinfektionen bei Menschen mit erhöhtem Infektionsrisiko – Männern mit gleichgeschlechtlichen Sexualkontakten, Prostituierten und intravenös injizierenden Drogenkonsumenten – deutlich zu senken. Die intensive Aufklärung der Gesamtbevölkerung und vor allem die Propagierung von Präventionsmaßnahmen bei Jugendlichen und sexuell aktiven Risikogruppen führten in den frühen 90er Jahren zu einem

hohen Problembewusstsein, großer Vorsicht und einer Veränderung des Sexualverhaltens. Die Arbeit der niedrigschwelligen und zielgruppenorientierten Einrichtungen, insbesondere der AIDS-Hilfen, war und ist vorbildlich für viele andere Länder. Deutschland zählt immer noch zu den Ländern mit der niedrigsten Zahl an Neuinfektionen weltweit.

Leichtsinn und die Verdrängung der Folgen einer Infektion führen jedoch auch hierzulande zu einem Anstieg der Neuinfektionen. Die Zahl der Neuinfektionen lag im Jahr 2001 bei knapp 1 500. Eine Steigerung der Zahl von Neuinfizierten im Jahr 2006 auf ca. 2 700 Neuinfektionen, davon 500 Frauen und 20 Kinder, spricht eine deutliche Sprache. Besonders beunruhigend ist eine Zunahme an Infektionen mit primär resistentem HI-Virus. Die heute junge Generation hat das „große Sterben“ der 80er Jahre nicht miterlebt, und es muss zumindest hinterfragt werden, ob junge Menschen durch die herkömmlichen Präventionskampagnen heute noch erreicht werden. Parties und Einrichtungen, insbesondere aber nicht nur für Homosexuelle, bei denen anonymer Sex ohne Kondom (bare-backing) bewusst propagiert und praktiziert wird, erfreuen sich Besorgnis erregender Beliebtheit. Zudem eröffnet das Internet ungeahnte Möglichkeiten, sich zu anonymem, ungeschütztem Sex zu verabreden.

Gleichzeitig steigen in der Gesamtbevölkerung die Neuinfektionsraten weiterer sexuell übertragbarer Krankheiten, wie Gonorrhoe und Syphilis. Dies sind weitere Zeichen für sinkendes Risikobewusstsein beim Geschlechtsverkehr. Auf diese Entwicklungen muss die Präventionsarbeit künftig ausgerichtet sein.

Neu ist bei der Entwicklung der letzten Jahre, dass die nach Deutschland zugewanderten Menschen, insbesondere Frauen, aus Hochrisikogebieten wie dem Afrika südlich der Sahara, Osteuropa und Russland in besonderem Maße betroffen sind. Die Weiterverbreitung des HI-Virus in manchen unserer osteuropäischen Nachbarländer und in Russland nimmt – von einem niedrigen Niveau ausgehend – eine erschreckende Dynamik an, wie wir sie vom Beginn der Epidemie aus Afrika kennen. Die meisten der infizierten zugewanderten Frauen erfahren – wenn überhaupt – erst nachdem sie in Deutschland sind von ihrer Infektion. Mit Blick auf die Ausweitung des Schengen-Raums nach Osten und den damit verbundenen Reise- und Migrationsmöglichkeiten ist die Entwicklung der HIV- und AIDS-Zahlen in diesen Ländern nicht nur ein regionales, sondern auch ein gesamteuropäisches und gesundheitspolitisches Problem und muss auch dementsprechend behandelt und gewertet werden.

Zentraler Pfeiler der HIV- und AIDS-Bekämpfung in Deutschland sind nach wie vor Aufklärungs- und Präventionsmaßnahmen. Seit dem Start der staatlich finanzierten Präventionsmaßnahmen im Jahr 1987 konnten nach Studien der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung mindestens 30 000 HIV-Infektionen vermieden werden. Die Koalition der CDU/CSU und SPD hat für das Jahr 2007 eine Aufstockung der Mittel für Aufklärungsmaßnahmen gegenüber dem Haushaltsjahr 2006 um 3 Mio. Euro auf insgesamt 12,2 Mio. Euro beschlossen.

Die finanzielle Kooperation der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung mit dem Verband der privaten Krankenversicherung e. V. (PKV) ist zu begrüßen. Der PKV unterstützt die Arbeit der Bundeszentrale mit 3,4 Mio. Euro jährlich. Solche Kooperationen sollen in Deutschland weiter deutlich ausgebaut werden.

Vor dem Hintergrund der beschriebenen Entwicklungen ist die Aufklärungs- und Präventionsarbeit immer wieder neuen Entwicklungen anzupassen und fortzuentwickeln. Wir setzen weiterhin entschieden auf die Zusammenarbeit mit Ländern und Gemeinden, der Deutschen AIDS-Hilfe und den jeweils zuständigen und engagierten Verbänden und Einrichtungen vor Ort sowie auf die freiwillige Zusammenarbeit mit den Anbietern von Orten oftmals anonymer sexueller Begegnung. Wenn jedoch freiwillige Präventionsvereinbarungen gar

nicht oder nur sehr nachlässig umgesetzt werden, muss über eine verbindliche Regelung nachgedacht werden.

Durch rechtzeitiges Erkennen einer HIV-Infektion in der Schwangerschaft kann mittels einer Kombination von Maßnahmen (Medikamentengabe bei der Schwangeren und beim Neugeborenen, Verzicht auf Stillen, Entbindung durch Kaiserschnitt) das HIV-Übertragungsrisiko deutlich gesenkt werden. Deshalb begrüßen wir, dass der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) sich auf Anregung des Bundesministeriums für Gesundheit mit der Änderung der Mutterschaftsrichtlinien befasst, um den Schutz des Neugeborenen vor einer HIV-Infektion durch die Mutter zu verbessern. Darüber hinaus muss ein Ziel der Forschung die Entwicklung von Präventionsmöglichkeiten sein, mit denen sich Frauen selbst schützen können.

Über die finanziellen Mittel für die Aufklärungsarbeit hinaus, engagiert sich die Bundesrepublik Deutschland national wie international bei der Erforschung des HI-Virus und seiner Folgen ebenso wie bei der Forschung nach Therapien und Impfstoffen.

Die Erkenntnisse aus der Forschung am HI-Virus kommen der Behandlung zahlreicher weiterer Viruserkrankungen, wie etwa Hepatitis, zugute. Die Innovationen, die die HIV-Forschung für viele andere Medizingebiete, wie etwa auch die Diagnostik, ermöglicht, sind unverzichtbar. Aus diesem Grunde müssen wir deutsche Spitzenforschung zu Gunsten des therapeutischen Fortschritts auch mit öffentlichen Mitteln weiter fördern, erwarten dies aber auch von der Wirtschaft, die ebenfalls einen Nutzen aus dem Erkenntnisgewinn der HIV-Forschung zieht.

Die medizinische Versorgung HIV-Infizierter und AIDS-Kranker in Deutschland entspricht weltweit höchstem Standard. Im Rahmen der Forschungsinitiative der Bundesregierung gilt es, gemeinsam mit Wissenschaft und Pharmaindustrie institutionelle Kompetenz und Vernetzung zu stärken.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. den im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD angekündigten Aktionsplan zur Bekämpfung von HIV-Infektionen und AIDS-Erkrankungen gemeinsam mit den Ländern, Kommunen und Verbänden in der ersten Hälfte des Jahres 2007 vorzulegen und umzusetzen;
2. die Aktivitäten innerhalb der Bundesregierung für die Zusammenarbeit im Bereich HIV/AIDS mit den osteuropäischen Staaten unter Federführung des Bundesministeriums für Gesundheit weiter zu bündeln;
3. die bisherigen Präventionskampagnen und -ansätze gemeinsam mit der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung und den Verbänden auch weiterhin einer Evaluation sowie konstruktiv-kritischen Überprüfung zu unterziehen und für die beschriebenen neuen Entwicklungen (HIV bei Migranten, sog. bare backing) neue Ansätze zu entwickeln;
4. Private-Public-Partnerships auf dem Gebiet der HIV-Prävention zu würdigen, die das bürgerschaftliche Engagement ergänzen. Auch die Pharmaindustrie ist hier in die Verantwortung zu nehmen, mit ihrer Werbung nicht Heilung zu suggerieren, wo es nur Linderung gibt;
5. gemeinsam mit Wissenschaft, Wirtschaft und Gesundheitspolitik an einem Tisch nach Wegen zu suchen, Kohortenforschung und institutionalisierte Netzwerke auf finanziell und institutionell sichere Beine zu stellen und zu verstetigen;

6. gemeinsam mit den Ländern und Verbänden bundesweit im Rahmen einer Selbstverpflichtung der Anbieter von Orten sexueller Begegnung auf Präventionsmaßnahmen hinzuwirken, die u. a. das kostenlose Bereitstellen von Kondomen und Gleitmitteln, das Vorhalten von Safer-Sex-Informationen und den vollständigen Verzicht auf Werbung und Unterstützung für ungeschützten Geschlechtsverkehr beinhalten sollte. Nach zwei Jahren soll die Bundesregierung über den Stand der Umsetzung berichten und ggf. Vorschläge für eine rechtliche Regelung unterbreiten;
7. zu prüfen, ob die Erfahrungen in Österreich und der Schweiz mit der Verschärfung des Strafrechts bezüglich der fahrlässigen Gefährdung der Verbreitung einer sexuell übertragbaren Krankheit eine handhabbare Regelung zur Eindämmung der kommerziellen Angebote von ungeschütztem Sex darstellen;
8. dass sich bei der Bedeutung, die HIV/AIDS wirtschaftlich, gesellschaftlich und sozial weltweit sowie für Deutschland hat, dies sich auch in der Ausbildung von Diplomaten niederschlägt.

Berlin, den 29. November 2006

Volker Kauder, Dr. Peter Ramsauer und Fraktion
Dr. Peter Struck und Fraktion